

**EINSTELLUNGEN ZUR
INTEGRATION IN DER
DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG –
DRITTE ERHEBUNG IM PROJEKT
„ZUGLEICH – ZUGEHÖRIGKEIT
UND GLEICHWERTIGKEIT“**

EINSTELLUNGEN ZUR INTEGRATION IN DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG – DRITTE ERHEBUNG IM PROJEKT „ZUGLEICH – ZUGEHÖRIGKEIT UND GLEICHWERTIGKEIT“

Studienbericht zum Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit
von Prof. Dr. Andreas Zick und Madlen Preuß, MA
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld

Diese Studie wurde gefördert durch

STIFTUNG
MERCATOR

IKG | Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung

INHALT

Vom Einwanderungsland zur Integrationsgesellschaft?	6
Willkommenskultur in 2018	11
Zugehörigkeit, oder: Was gehört dazu, um dazuzugehören?	17
Vorrechte und Übervorteilungen	21
Orientierung zur Integration: Kontakte und Raum für Vielfalt	27

VOM EINWANDERUNGSLAND ZUR INTEGRATIONSGESELLSCHAFT?

Im Jahr 2018 besitzen rund 19,3 Millionen der in Deutschland lebenden Menschen einen sogenannten Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2018). Das heißt, fast jede_r vierte Einwohner_in oder mindestens ein Elternteil wurde mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit geboren. Mehr als die Hälfte unter ihnen hat bisher die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen und etwa ein Drittel teilt zwar eine Einwanderungsgeschichte über die Eltern, aber keine eigene Migrationserfahrung mehr. Trotz der Modifikation des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 und dem Zuwanderungsgesetz im Jahr 2005 hat sich die Erkenntnis, *Einwanderungsland* zu sein, nur langsam und äußerst konfliktreich durchgesetzt. Doch die Vorstellungen darüber, was dies für die dazugehörige Gesellschaft heißt, gehen nicht nur immer wieder weit auseinander. Auch wird übersehen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte längst und selbstverständlich heimisch geworden sind, auch wenn Teile der Bevölkerung dies nicht anerkennen mögen.

Schon früh hat die Studienreihe *ZuGleich* gezeigt, dass die Realisierung einer Einwanderungsgesellschaft mehr ist als nur die Einlösung formalrechtlicher Voraussetzungen. Sie ist gekennzeichnet von der Akzeptanz der Vielfalt, der heterogenen Identifikationen und der Anerkennung von Zugehörigkeiten, die darin besteht, anderen einen Platz einzuräumen. Die politische Erklärung, Deutschland sei Einwanderungsland, schlägt sich nicht unweigerlich in einer gesellschaftlichen Anerkennung von Migration und damit einhergehenden Veränderungen nieder. Sie kann aber ein wichtiger Türöffner sein, um die zuvor genannten Kriterien zu ermöglichen. Gesellschaften zeichnen grundsätzlich einen dynamischen Charakter aus, sie reagieren auf Veränderungen und sind gleichermaßen Triebkraft für Wandel. Bleibt die Anerkennung des Wandels – wie eben jener zu einer Einwanderungsgesellschaft – aus und werden Veränderungen zurückgewiesen, verleugnet oder ignoriert, kann dies zu negativen Folgen von unlösbaren und eskalierenden Konflikten führen.

An vielen Orten in Deutschland sind gegensätzliche Interessen und Ideologien um die Integration in Gewalt gegen Geflüchtete, Asylsuchende, Migrant_innen und ihre Unterstützer_innen gemündet. In den vergangenen Jahren hat sich dies infolge der Auseinandersetzung um die Aufnahme der hohen Zahl an Geflüchteten und die damit einhergehenden Anforderungen an die Integration besonders deutlich gezeigt. Vielerorts führte die grundsätzliche Aberkennung von Migration und nicht Sorgen um Belastungen, die nachvollziehbar wie kontrollierbar sind, zu Angriffen und Gewalt gegen Gruppen sowie zu Polarisierungen und Spaltungen in Kommunen. Ebenso führte die Rahmung der Fluchtmigration als „Flüchtlingskrise“ zu Auseinandersetzungen, die mit konkreten Integrationsprozessen wenig gemein hatten wie haben. Stattdessen wurde ein Bild von Überlastung und Bedrohung von Einheimischen befördert, auch und gerade von Menschen, die selbst eine Migrationsgeschichte aufweisen.

Die öffentliche Debatte, die zu massiven Protesten und Abschottungen führte, war eher einem generellen „Pro oder Kontra zur Migration“ geschuldet denn der Frage, was zur Integration fehlt. Sie beförderte eher eine Orientierung zur Separation und Marginalisierung als zur Integration von insbesondere Geflüchteten, auch wenn diese aufgrund fehlender Ansprüche nicht bleiben dürfen. Integration heiÙe Orientierung zur Teilhabe und Beachtung kultureller Identitäten aller Gruppen und Veränderung. Die erste repräsentative Studie *ZuGleich* 2014 zeigte, dass mit der signifikant angestiegenen Migration nach Deutschland die Überzeugung einer notwendigen Rückeroberung unter der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund einsetzte. Dabei sind Irritationen, Bedrohungs- und Überlastungsempfindungen bei Migration verständlich, wie auch Konflikte Migration und Integration prägen. Integration ist ein Aushandlungsprozess von Werten, Ressourcen und Identitäten. Aber sie ist im Sinne der Veränderung niemals eine einseitige Frage danach, welche Gruppe sich wem und was anpassen muss. Integration ist ein Prozess der Akkulturation, das heißt der Aneignung von neuen kulturellen Umgebungen, die durch Migration entstehen, durch alle Gruppen, die sich begegnen.

Nachdem im Jahr 2018 die innergesellschaftliche Anspannung um Integrationsanforderungen und die Abwehr von Zuwanderung eher abnehmen sollten, da es schlicht weniger (Flucht-)Migration gibt, besteht Hoffnung, die eigentlich relevante Frage zu stellen, welche Weichen es braucht, um von einer „Integrationsgesellschaft“ in Deutschland sprechen zu können. Integrationsgesellschaft soll heißen, dass, trotz aller Konflikte, Gleichheit und Teilhabe in zentralen Lebensbereichen für alle, eben auch jene mit Migrationsbiografien, ermöglicht und Identitäten, die mit kulturellen Vorstellungen, Emotionen und Verhaltensweisen einhergehen, nicht beschädigt, sondern – im Gegenteil – wertgeschätzt werden. Teilhabe und Anerkennung sind die entscheidenden Aspekte der Integration. Sie sind weitaus mühevoller zu erreichen als die Durchsetzung von Assimilationen oder die gesellschaftliche Ausklammerung, die Verdrängung an den Rand der Gesellschaft oder Duldung ohne Teilhabe an der Gesellschaft.

Eine Integrationsgesellschaft kann nicht gelingen, wenn Migration keine gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Dies wiederum braucht politische Weichen und Strategien, vor allem eine Legitimation und Absicherung der Integrationsorientierung. Integration schreitet bei entsprechender Legitimierung und Unterstützung voran, wenn objektive Kriterien wie beispielsweise materielle Lebensbedingungen, gegebene Kontaktstrukturen und die Repräsentanz von Vielfalt im Bildungssystem oder Medienanstalten und zugleich grundlegende positive Bewertungen von Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit, die das alltägliche Miteinander (mit)bestimmen, gegeben sind. Neuhinzugezogene wie Einheimische brauchen gemeinsame, konfliktregulierende und Teilhabe aller ermöglichende Perspektiven und Mittel der gemeinsamen Aneignung von Räumen, die sogenannte Akkulturation. Zu solchen Mitteln gehören Willkommenskulturen, Kontakte, Kulturen gemeinsamer Akzeptanz und Möglichkeiten der Regulation von Abweichungen. Sie beeinflussen und gestalten die Akkulturation,

also die Aneignung einer sich verändernden Umwelt durch kulturelle Vielfalt und damit einhergehende konstruktive wie destruktive Konflikte.

Auf diesen Prozess der Akkulturation und dessen Wahrnehmung richtet sich die Studienserie *ZuGleich*, die einen Ausschnitt erkundet. Die Studienserie fragt nach Einstellungen, Meinungen, Gefühlen und Vorstellungen der Bürger_innen zum Zustand der Integrationsgesellschaft Deutschland.

ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit

ZuGleich ist ein Projekt des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld, das von der Stiftung Mercator gefördert wird. Im Rahmen von *ZuGleich* wurden drei nach repräsentativen Kriterien ermittelte Bevölkerungsumfragen in den Jahren 2014, 2016 und 2018 (siehe Box, unten) durchgeführt. Durch die wiederholte Erfragung entscheidender Meinungs- und Einstellungsmuster lassen sich die Entwicklungen vor, während und nach der besonders starken Migration von Geflüchteten in 2014 und 2015 vergleichen und die Vorzeichen der neuerlichen Integrationsdebatte seit dem Frühjahr 2018 untersuchen.

Wie genannt, steht der Zustand der deutschen Integrationsgesellschaft im Mittelpunkt der Studienserie *ZuGleich*. Er wird bemessen an vier zentralen Elementen: (1) Willkommenskultur, (2) Zugehörigkeit, (3) Rechte und (4) Teilhabe wie Akzeptanz von Differenz.

Die Kernfragen, die *ZuGleich* an die befragten Bürger_innen richtet, sind:

- (1) Wie verbreitet ist die Willkommenskultur gegenüber Migrant_innen in Deutschland?
- (2) Was ist wichtig, um „Mitglied“ der deutschen Gesellschaft zu sein? Welche Kriterien sind für eine deutsche Zugehörigkeit relevant?
- (3) Wie stark fällt die Forderung nach Vorrechten und Übervorteilung aus? Und bleibt der Zuspruch, alte Ordnungen zu verteidigen oder gar zurückzuerobern, stabil?
- (4) Welche Vorstellungen zum Zusammenleben teilen Befragte mit und ohne Migrationsbiografie? Wie viel Kontakt und Begegnung sind tatsächlich gewünscht und wie viel Raum dürfen Vielfalt und Diversität einnehmen?

ZuGleich 2014:

- telefonische Befragung von 2.006 repräsentativ ausgewählten Personen ab 18 Jahren von November 2013 bis Januar 2014 (Durchführung: Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum (SUZ), Duisburg)
- Daten von insgesamt: 1.069 Frauen (53,3 Prozent), 937 Männern (46,7 Prozent)
- Alter der Befragten: 18 bis 94 Jahre; Altersdurchschnitt: 49 Jahre
- 391 Befragte mit Migrationshintergrund/anderer Staatsangehörigkeit

ZuGleich 2016:

- telefonische Befragung von 1.300 repräsentativ ausgewählten Personen ab 18 Jahren von Dezember 2015 bis Februar 2016 (Durchführung: Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum (SUZ), Duisburg)
- Daten von insgesamt: 689 Frauen (53,2 Prozent), 606 Männern (46,8 Prozent)
- Alter der Befragten: 18 bis 93 Jahre; Altersdurchschnitt: 53 Jahre
- 300 Befragte mit Migrationshintergrund/anderer Staatsangehörigkeit

ZuGleich 2018:

- telefonische Befragung von 2.009 repräsentativ ausgewählten Personen ab 18 Jahren von März bis Juli 2018 (Durchführung: Sozialwissenschaftliches Umfragezentrum (SUZ), Duisburg)
- Daten von insgesamt: 1.172 Frauen (58,4 Prozent), 836 Männern (41,6 Prozent)
- Alter der Befragten: 18 bis 93 Jahre; Altersdurchschnitt: 55 Jahre
- 361 Befragte mit Migrationshintergrund/anderer Staatsangehörigkeit

Für alle Einstellungsmessungen gilt: fünfstufige Antwortskala

(1) „stimme überhaupt nicht zu“ bis (5) „stimme voll und ganz zu“.

WILLKOMMENSKULTUR IN 2018

1

1 WILLKOMMENSKULTUR IN 2018

Mit der erstarkten Aufnahme von Geflüchteten in 2014 und 2015 zeichneten sich in Deutschland eine enorme Willkommenskultur wie auch ein neuerlicher innergesellschaftlicher Konflikt ab. Einerseits ist die Willkommenskultur ein einendes soziales, kulturelles wie politisches Schlüsselkonzept der Zivilgesellschaft, das sich in einem starken Engagement und Ehrenamt ausdrückt. Andererseits ist es zu einer Hauptangriffsfläche für rechtspopulistische und -extremistische Gruppierungen und Parteien geworden. An der Willkommenskultur wurde in den vorausgehenden Jahren gerissen und sich gestoßen, da mit ihr gleichermaßen das Bekenntnis zur Migration, zum Einwanderungsland Deutschland und zum Grundrecht auf Asyl verbunden ist. Die innergesellschaftlichen Konflikte und Kämpfe um die Willkommenskultur prägten die letzten drei Jahre. Im Jahr 2018 ist von dem ehemals politischen „Kampfbegriff“ allerdings kaum mehr die Rede. Auch von der im gleichen Zuge so nötigen Installierung einer Ankommens- und Anerkennungskultur scheint die politische Landschaft bei allen positiven Signalen über das Integrationsklima, wie es der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2018)¹ erst jüngst dokumentierte, weit entfernt.

Das in *ZuGleich* entwickelte Messinstrument einer Willkommenskultur richtet sich weniger auf ihren „aktiven“ Part, zum Beispiel konkretes Engagement für Geflüchtete, sondern auf die Frage nach einer offenen und Interkulturalität bejahenden Gesellschaft. Es erfasst die Wertschätzung von Diversität und Vielfalt wie auch ein Heimatkonzept, das Migration als selbstverständlichen Kern begreift. Es wird unter anderem danach gefragt, wie positiv es bewertet wird, dass Migrant_innen in Deutschland heimisch werden und sich für Deutschland als neue Heimat entscheiden. Seit 2016 werden die dementsprechenden Aussagen auch Deutschen mit Migrationshintergrund (MH)/Migrant_innen vorgelegt, in 2014 wurden nur Personen ohne Migrationshintergrund befragt. In 2018 haben wir also erneut die Zustimmung zur Willkommenskultur erfasst, die Ergebnisse für Befragte ohne MH zeigt Tabelle 1, in Tabelle 2 sind die Ergebnisse für Befragte mit MH abgebildet.

→ Die starke Polarisierung für oder gegen eine Willkommenskultur von 2016 zerfällt. Die gesellschaftliche Willkommenskultur erfährt in 2018 wieder verstärkt Zuspund, gleichzeitig sinkt ihre Ablehnung.

¹ SVR 2018: Stabiles Integrationsklima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018. Berlin: SVR.

Im Durchschnitt befürworten 36,9 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund eine gesellschaftliche Willkommenskultur und das damit verknüpfte offene Heimatkonzept. Damit ist fast wieder jene Zustimmung erzielt, wie sie noch in 2014 angegeben wurde (39,5 Prozent). Im gleichen Zuge sinkt auch ihre Ablehnung; etwas mehr als ein Viertel der Befragten spricht sich gegen eine Willkommenskultur aus; in 2016 war es noch rund ein Drittel.

Im Detail werden eine stärkere Willkommenskultur und die Begrüßung, dass sich Migrant_innen in Deutschland zu Hause fühlen, in 2018 wieder deutlich häufiger geteilt: Während sich mehr als jede_r Dritte in 2014 für eine stärkere Willkommenskultur aussprach, reduzierte sich dieser Rückhalt um rund 9 Prozentpunkte in 2016 auf 28,2 Prozent. In 2018 steigt der Zuspruch wieder, mehr als ein Drittel beantworten die Frage nach einer stärkeren Willkommenskultur positiv. Ein ähnlicher Trend zeigt sich für die Befürwortung, dass Migrant_innen in Deutschland ein Zuhause gefunden haben. Auch hier bricht die Zustimmung in 2016 deutlich ein (43,4 Prozent; 2014: 54,7 Prozent), um in 2018 wieder von mehr als der Hälfte der Befragten ohne MH geäußert zu werden. Weniger stark fallen die Zustimmungsunterschiede zur zunehmenden Vielfalt in der deutschen Gesellschaft aus. In 2018 freuen sich rund 47 Prozent über mehr Vielfalt; in 2016 äußerten 42,6 Prozent diese positive Anerkennung von Diversität. Stabil scheint dagegen die starke Kluft zwischen den Meinungen, die Deutschland als Heimat eher denjenigen zugestehen, die „bereits hier sind“, während gegenüber jenen, die „noch kommen“, reservierte Haltung fortbesteht. Mehr als 20 Prozent weniger Befragte äußern in 2018 Gefallen daran, dass sich Migrant_innen

TABELLE 1: Willkommenskultur unter Befragten ohne Migrationshintergrund (Angaben in Prozent)

Indikatoren	2014		2016		2018	
	trifft nicht zu	trifft zu	trifft nicht zu	trifft zu	trifft nicht zu	trifft zu
Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	18,9	54,7	22,6	43,4	19,6	52,7
Eine stärkere Willkommenskultur für die Migranten in Deutschland würde mich freuen.	31,0	36,0	36,7	28,2	31,0	37,2
Ich freue mich, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	24,8	47,2	29,0	42,6	23,2	46,7
Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	28,0	35,9	37,5	27,5	30,6	30,9
Gesamtskala	25,8	39,5	32,7	32,3	27,5	36,9
Gesamtskala \bar{x}	3,26		3,06		3,25	

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten, Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorteten, sind nicht abgebildet. Die Fallzahlen für die Erhebungen in 2014 und 2016 reduzieren sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits. 2014 beantworteten 808 Personen ohne Migrationshintergrund die Fragen zur Willkommenskultur. In 2016 liegt die Fallzahl bei insgesamt 486 Personen.

für Deutschland als neue Heimat entscheiden (30,9 Prozent), während mehr als die Hälfte (52,7 Prozent) sich darüber freuen, dass sich Migrant_innen in Deutschland zu Hause fühlen. Diese deutliche Differenz bestand auch schon in den Jahren zuvor.

→ Der Einfluss des Migrationshintergrunds auf die Fürsprache einer Willkommenskultur verschwindet. Die Zustimmung zur Willkommenskultur unter Befragten mit Migrationshintergrund nimmt ab und gleicht sich den Befragten ohne Migrationshintergrund an.

Insgesamt befürworten Befragte mit Migrationshintergrund eine Willkommenskultur stärker. Im Vergleich zu 2016 geht die Zustimmung zur Willkommenskultur unter Befragten mit Migrationshintergrund in 2018 jedoch zurück: Der allgemeine Zuspruch reduziert sich um rund zehn Prozentpunkte auf 38,3 Prozent; in 2016 waren es noch 47,8 Prozent. In Tabelle 2 sind die entsprechenden Zustimmungen der Befragten mit MH aufgeführt.

TABELLE 2: Willkommenskultur unter Befragten mit Migrationshintergrund (Angaben in Prozent)

Indikatoren	2016		2018	
	trifft nicht zu	trifft zu	trifft nicht zu	trifft zu
Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	20,8	57,5	14,6	57,6
Eine stärkere Willkommenskultur für die Migranten in Deutschland würde mich freuen.	28,3	41,5	30,4	39,3
Ich freue mich, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	22,6	46,3	18,6	49,4
Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	25,8	40,4	28,6	35,8
Gesamtskala	25,3	47,8	24,7	38,3
Gesamtskala \bar{x}	3,33		3,35	

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten, Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorteten, sind nicht abgebildet. Die Fallzahl für die Erhebung in 2016 reduziert sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits, 161 Personen mit Migrationshintergrund beantworteten die Fragen zur Willkommenskultur.

Es findet damit nicht nur eine Angleichung an das Zustimmungsniveau der Befragten ohne MH statt, sondern auch eine generelle Übereinstimmung. Beide Gruppen unterscheiden sich in 2018 in ihrer Befürwortung einer gesellschaftlichen Willkommenskultur nicht mehr signifikant voneinander. Mit Blick auf die einzelnen Antwortverteilungen zeigt sich, dass sich die größte Zustimmung – wie schon unter den Be-

fragten ohne MH – für das zunehmende Gefühl unter Migrant_innen, in Deutschland zu Hause zu sein, findet. Deutlich mehr als die Hälfte (57,6 Prozent) freut sich über diese Entwicklung. Auch die zunehmende Vielfalt in Deutschland findet bei vielen Befragten mit MH klaren Rückhalt; in 2018 mit 49,4 Prozent noch etwas mehr als in 2016 mit 46,3 Prozent. Eine leichte Abnahme zeigt sich hingegen für die explizite Stärkung der Willkommenskultur gegenüber Migrant_innen. Während in 2016 noch 41,5 Prozent Befragte ohne MH sich darüber gefreut hatten, sind es in 2018 noch rund 39 Prozent. Schließlich setzt sich auch die Meinungskluft unter ihnen fort, die einerseits schon in 2016 bestand und andererseits auch bei Personen ohne MH vorliegt: Deutschland als Zuhause wird eher denjenigen zugestanden, welche „bereits hier“ sind (57,6 Prozent), als jenen, die sich erst entschieden haben. Rund 36 Prozent äußern sich in 2018 positiv darüber, dass sich so viele Migrant_innen für Deutschland als neue Heimat entscheiden, in 2016 waren es noch 40,4 Prozent.

Mit Ausnahme von 2014 spielt das Geschlecht für die Befürwortung einer Willkommenskultur keine Rolle. Ähnliches zeigt sich für den Einfluss eines Migrationshintergrunds. Die in 2016 signifikante Differenz zwischen Befragten mit und ohne MH ist in 2018 verschwunden. Anders verhält es sich mit zunehmendem Alter der Befragten: Während sich in 2014 und 2016 keinerlei signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen ausmachen lassen, zeigt sich für 2018, dass mit dem Alter die Ablehnung einer Willkommenskultur signifikant einhergeht. Auch die Religionszugehörigkeit gewinnt seit 2016 an Relevanz: Der Zuspruch für eine gesellschaftliche Willkommenskultur fällt unter Christ_innen signifikant höher aus als dies unter nicht religiösen Befragten der Fall ist; in 2014 unterschieden sie sich hingegen nicht signifikant. Weiterhin weisen Befragte mit hohem Bildungsgrad im Vergleich zu niedriger Gebildeten in allen Jahren signifikant häufiger eine positive Haltung zur Willkommenskultur und einem offenen Heimatkonzept auf, während zwischen den Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsgrad keine signifikanten Unterschiede vorliegen. Die Höhe des Einkommens spielt in keinem der drei Jahre eine relevante Rolle für die Ablehnung oder Zustimmung der Willkommenskultur.

**Soziodemografische
Unterschiede in der
Zustimmung zur
Willkommenskultur**

ZUGEHÖRIGKEIT, ODER:
WAS GEHÖRT DAZU,
UM DAZUZUGEHÖREN?

2

2 ZUGEHÖRIGKEIT, ODER: WAS GEHÖRT DAZU, UM DAZUZUGEHÖREN?

Wer wann zur Gesellschaft gehört, ist ein zentrales und immer wiederkehrendes Thema in Migrationsdebatten. Es drückt sich deutlich in der öffentlich kontrovers diskutierten Frage aus, ab wann Menschen mit Migrationsgeschichte deutsch oder vielmehr „deutsch genug“ sind. Das ist nicht nur eine staatsrechtliche, sondern eine hochpolitische Frage, die viele Bürger_innen beschäftigt und gleichzeitig durch rechtspopulistische und -extremistische Gruppen und Parteien besetzt wird. Welche Kriterien müssen Menschen erfüllen, um dazuzugehören? Gehören jene 2,35 Millionen Menschen, die arbeitslos gemeldet sind, oder jene, die nicht dem Christentum angehören (37 Millionen), weniger zur deutschen Gesellschaft als andere? Braucht es das Gefühl, Deutsche_r zu sein, um als „Mitglied“ anerkannt zu werden?

Schon in 2014 fragte das Projekt *ZuGleich*, was nach Meinung der Bürger_innen zu erfüllen sei, um zur deutschen Gesellschaft dazuzugehören, und legte hierfür eine Reihe an Kriterien vor, die in ihrer Wichtigkeit zu bewerten waren. Neben rein formalen und gleichsam exklusiven Merkmalen (beispielsweise die deutsche Staatsangehörigkeit oder das Geburtsland Deutschland) wurden weiterhin graduale, also erwerb- bare Kriterien angeführt, die eine weichere Definition der Zugehörigkeit zulassen (etwa soziales Engagement). In 2016 und 2018 wurden die Befragten erneut gebeten, ihre persönliche Einschätzung zum Kriterienkatalog deutscher Zugehörigkeit abzugeben. Tabelle 3 gibt die Zustimmungen für alle Befragten wieder.

→ Von einem restriktiven zu einem offeneren Zugehörigkeitskonzept: Kategorial-exklusive Kriterien verlieren nochmals deutlich an Relevanz, wichtig bleiben die deutsche Sprache und die Achtung politischer Institutionen.

Im Vergleich zum Jahr 2016, das durch eine deutliche Verschärfung der Bedingungen für eine Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft gekennzeichnet war, zeigen sich die Befragten des Jahres 2018 deutlich weniger restriktiv: Für alle Kriterien liegt eine Abnahme ihrer beigemessenen Wichtigkeit vor. Besonders stark fällt dies ins Gewicht mit Blick auf das soziale Engagement und die deutsche Staatsangehörigkeit, deren Relevanz für eine gesellschaftliche Zugehörigkeit um rund zehn Prozentpunkte von 2016 auf 2018 sinkt. Neben dem Gefühl, Deutsche_r zu sein, der verbrachten Lebenszeit und dem Geburtsort in Deutschland sowie der Zugehörigkeit zu einer christlichen Religionsgemeinschaft gehören sie darüber hinaus zu jenen Kriterien, die deutlich unter das Niveau von 2014 fallen. Von gleichbleibender und hoher Wichtigkeit bleibt die deutsche Sprache, für die neun von zehn Befragten in 2018 stimmen. Ihr wurde schon vor vier Jahren von 85,4 Prozent der Befragten die meiste Bedeu-

tung beigemessen. Im Jahr 2016 stimmten sogar 93,5 Prozent der Beherrschung der deutschen Sprache als wichtige Bedingung für eine gesellschaftliche Zugehörigkeit zu. Allerdings war vor zwei Jahren die Achtung politischer Institutionen und Gesetze (96,8 Prozent) noch bedeutsamer.

Insgesamt zeigt sich, dass sich das Zugehörigkeitskonzept der Befragten in 2018 noch stärker an graduellen und damit prinzipiell erwerbzbaren Kriterien orientiert als in 2014 oder 2016. Die größte Zustimmung erhalten die Beherrschung der deutschen Sprache und die Achtung politischer Institutionen, das Gefühl, in Deutschland zu Hause zu sein, und eine Erwerbstätigkeit; mehr als drei Viertel halten diese Kriterien für mindestens eher wichtig. Immer weniger Relevanz scheint kategorial-exklusiven Kriterien wie Geburtsland, verbrachte Lebenszeit in Deutschland oder Religionszugehörigkeit beigemessen zu werden, die von weniger als einem Viertel für wichtig erachtet werden. Allerdings entscheidet sich die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft für mehr als ein Drittel immer noch klar an der deutschen Staatsangehörigkeit.

TABELLE 3: Zustimmung zu Kriterien deutscher Zugehörigkeit (Angaben in Prozent)

Indikatoren	2014		2016		2018	
	nicht wichtig	wichtig	nicht wichtig	wichtig	nicht wichtig	wichtig
Deutsch sprechen zu können	6,1	85,4	2,0	93,5	3,2	91,4
die deutschen politischen Institutionen und Gesetze zu achten	4,1	83,0	1,1	96,8	8,8	86,7
sich in Deutschland zu Hause zu fühlen	6,1	80,2	3,1	85,9	7,5	78,9
erwerbstätig zu sein	5,6	78,7	4,3	85,0	11,1	77,7
deutsche Werte und Traditionen anzuerkennen	10,0	65,1	6,8	79,3	13,3	72,2
sich aktiv für die Allgemeinheit einzusetzen	5,1	70,1	4,6	77,9	10,7	66,0
sich als Deutsche bzw. Deutscher zu fühlen	24,1	46,2	18,0	50,5	32,1	41,3
die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen	30,8	47,6	23,7	47,8	39,6	35,4
den größten Teil des Lebens in Deutschland gelebt zu haben	39,8	35,8	42,4	31,1	54,9	22,8
in Deutschland geboren zu sein	52,3	29,4	60,7	22,1	67,8	15,4
ein Christ zu sein	55,4	27,2	64,2	17,7	68,9	14,0
Gesamtskala	5,0	53,1	3,3	65,9	11,9	47,3
Gesamtskala \bar{x}	3,61		3,73		3,42	

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten, Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorteten, sind nicht abgebildet. Die Fallzahlen für die Erhebungen von 2014 und 2016 reduzieren sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits. 2014 beantworteten 1.008 Personen die Fragen, in 2016 liegt die Fallzahl bei 753 Personen.

**Soziodemografische
Unterschiede in
Zugehörigkeitskriterien**

Weder das Geschlecht noch ein Migrationshintergrund beeinflussen zu allen drei Erhebungszeitpunkten die beigemessene Wichtigkeit der Kriterien der gesellschaftlichen Zugehörigkeit. Ein Alterseffekt zeigt sich hingegen deutlich und signifikant: Je älter die Befragten, desto mehr Zugehörigkeitsbedingungen werden gestellt. Auch der Bildungsgrad spielt eine entscheidende Rolle in 2014 und 2016. Die drei Bildungsgruppen unterscheiden sich signifikant voneinander, indem mit zunehmendem Bildungsgrad ein weniger restriktives Zugehörigkeitskonzept vorliegt. Für 2018 zeigt sich jedoch kein signifikanter Unterschied zwischen Befragten mit niedrigem und mittlerem Bildungsgrad und in der jeweils beigemessenen Wichtigkeit der Kriterien. Weiterhin unterscheiden sich Befragte mit christlicher Religion und Konfessionslose signifikant voneinander; letztere stellten deutlich seltener Bedingungen an eine gesellschaftliche Zugehörigkeit. Der Einfluss der Einkommenshöhe zeigt sich schließlich nur für 2016, indem einkommensstarke Befragte signifikant seltener ein restriktives Zugehörigkeitskonzept vertreten als einkommensschwache oder Befragte der Mittelschicht.

VORRECHTE
UND ÜBERVORTEILUNGEN

3

3 VORRECHTE UND ÜBERVORTEILUNGEN

Migrationsprozesse sind mit Konflikten verbunden und erzeugen bei Teilen der Bevölkerung mehr oder minder starken Widerstand. Dabei gerät nicht nur die Überzeugung, gewisse Vorrechte auf ein geglaubtes Recht an Ressourcen gegenüber „den Neuen“ zu besitzen, in den Fokus. Es verschärft sich auch die Wahrnehmung, diese würden durch Migration infrage gestellt. Der Konflikt zwischen Etablierten und Außenstehenden, wie ihn der Soziologe Norbert Elias beschrieben hat, ebnet dabei den Weg für eine Diskriminierung von Gruppen, indem den „Neuhinzugezogenen“ Rechte vorenthalten oder gar ganz abgesprochen werden. Besonders eindrücklich zementieren sich solche Konflikte in den zentralen Integrationsfragen: Wer sollte, kann und darf an kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gütern teilhaben? Wem steht unter welchen Umständen etwas zu? Gilt das gleiche Recht für alle?

TABELLE 4: Zustimmung zu Etabliertenvorrechten (Angaben in Prozent)

Indikatoren	2014		2016		2018	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
<i>Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt,</i>						
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben..	36,0	32,4	27,3	42,4	36,7	36,7
... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	15,1	61,3	19,6	52,3	19,7	54,3
... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.	5,2	85,6	10,0	74,3	9,3	76,2
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	48,5	19,9	33,8	32,6	41,2	26,8
... der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.	57,8	16,8	48,4	24,8	56,4	19,5
Gesamtskala	59,5	5,5	45,7	16,4	51,9	11,7
Gesamtskala \bar{x}	2,27		2,59		2,43	

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten, Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorteten, sind nicht abgebildet.

In *ZuGleich 2014* wurde das neu entwickelte Messinstrument zum Konzept der Etabliertenvorrechte erstmals vorgestellt. Mithilfe von fünf Fragen wird damit eine allgemeine Grundhaltung, wie mit neuen Menschen im vertrauten Umfeld umzugehen ist, gemessen. Die einzelnen Fragen dazu und die Zustimmungen unter allen Befragten sind in Tabelle 4 angegeben.

→ Die Einforderung von Etabliertenvorrechten ist leiser geworden, aber nicht verstummt.

Im Jahr 2018 fordern weniger Befragte Etabliertenvorrechte ein als im Jahr 2016. Im Vergleich von 2014 und 2016, in denen sich eine Verdreifachung zeigte (2014: 5,5 Prozent; 2016: 16,4 Prozent), scheint die Forderung einer solchen Ungleichbehandlung in der deutschen Bevölkerung leiser geworden zu sein. Im Durchschnitt pocht mehr als jede_r Zehnte auf Etabliertenvorrechte gegenüber Neuhinzugekommenen. Die Zustimmungen im Detail spiegeln diesen klaren Trend wider: Während das Prinzip des gleichen Rechts für alle wieder an Zuspruch gewinnt, reduzieren sich die Forderungen nach der Einhaltung einer sozialen Rangordnung, wenn es beispielsweise um die Teilhabe an Ressourcen geht. Besonders starken Schwankungen unterliegen dabei jene Aussagen, die Forderungen und Ansprüche der „Neuen“ ablehnen oder erwarten, dass sich diese mit weniger zufriedengeben. Ein Drittel der Befragten in 2014 stimmte dem zu, in 2016 stieg der Anteil auf 42,4 Prozent, die der Meinung waren, „Neue“ hätten sich mit weniger zufriedenzugeben. In 2018 reduziert sich die diesbezügliche Zustimmung wieder auf das Niveau von 2014, 36,7 Prozent befürworteten die Benachteiligung. Rund ein Fünftel der Befragten vertrat weiterhin in 2014 die Meinung, Neuhinzugekommene sollten auf keinen Fall Ansprüche formulieren, in 2016 ist es bereits jede_r Dritte, der beziehungsweise die dem zustimmt. Für 2018 reduziert sich diese positive Beantwortung um rund sechs Prozentpunkte, etwas mehr als ein Viertel der Befragten verbittet sich solche Ansprüche von „Neuen“.

Weder im Erhebungsjahr 2014 noch in 2016 oder 2018 spielt die Geschlechtszugehörigkeit für das Ausmaß an eingeforderten Etabliertenvorrechten eine Rolle. Dafür zeigt sich, dass ältere Menschen signifikant häufiger auf ihr Vorrecht gegenüber Neuhinzugekommenen bestehen als jüngere Menschen; in 2014 und 2016 unterscheiden sich die 18- bis 35-Jährigen und die 36- bis 60-Jährigen allerdings nicht signifikant. Für den Einfluss des Bildungsgrads ist Ähnliches zu konstatieren: Befragte mit hohem Bildungsgrad enthalten Neuhinzugekommenen signifikant seltener spezifische Rechte vor als Personen mit niedrigeren Abschlüssen, wobei zwischen diesen – niedriger und mittlerer Bildungsgrad – kein signifikanter Unterschied vorliegt. Mit Ausnahme von 2014 fordern Befragte mit und ohne Migrationshintergrund ähnlich stark Etabliertenvorrechte ein. In 2014 stimmten Personen mit Migrationshintergrund noch signifikant seltener zu. Für 2014 und 2018 zeigt sich außerdem, dass Christ_innen signifikant häufiger auf Etabliertenvorrechte bestehen als Personen anderer Religionsgemeinschaften oder nicht religiöse Befragte. In 2016 fand sich kein signifikanter Unterschied zwischen den Gruppen. Ausschließlich für 2016 erweist sich der Einfluss der Einkommenshöhe schließlich als relevant: Einkommensstarke Befragte stimmten signifikant seltener für Etabliertenvorrechte gegenüber Neuhinzugekommenen.

**Soziodemografische
Unterschiede in der
Betonung von
Etabliertenvorrechten**

Rückeroberung alter Ordnungen?

Der Konflikt um die Vorrechte kann vom Anspruch begleitet sein, die Aufrechterhaltung und Sicherung von Traditionen und Wertvorstellungen, von symbolischen Räumen und Hierarchien verstärkt einzuklagen. Dies drückt sich dann in einem Appell zur Rückeroberung des vermeintlich Verlorenen aus. Ein solcher Appell beinhaltet den Aufruf, identitätsstiftende Grenzen des Raums und Wertgefüges erneut und verstärkt abzustecken, indem das „Eigene“ wieder in den Fokus gerückt und das „andere“, gar „Fremde“ verdrängt werden soll. Beide Dimensionen stehen in enger Beziehung zueinander, gehen jedoch nicht notwendigerweise miteinander einher. In *ZuGleich* 2014 entwickelten wir für diese Haltung ein Messinstrument.

Der Rückeroberungsappell ist gewissermaßen eine Handlungsorientierung, die sich auf die von Deutschen ohne MH wahrgenommene Umkehrung der Machtverhältnisse im öffentlichen Raum und Identitätsbedrohungen richtet. Diese begreifen sich als Etabliertere, als vermeintliche Platzanweiser_innen, ihre Ablehnung adressiert Migrant_innen, deren zunehmende Präsenz als Gefahr für die bisherige Dominanz gesehen wird. Die Unabhängigkeit, die beiden Dimensionen der Rückeroberung – öffentlicher Raum und Identitätsgerüst – analytisch zugesprochen wird, bildet sich dann auch in den verschiedenen Ausmaßen ihrer Zustimmung ab. Diese sind in Tabelle 5 dargestellt.

TABELLE 5: Appell zur Rückeroberung unter Befragten ohne Migrationshintergrund (Angaben in Prozent)

Indikatoren	2014		2016		2018	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
Ich fände es gut, wenn unsere Traditionen zunehmend wiederbelebt würden.	12,6	61,4	19,2	62,4	27,5	50,3
Es ist wichtig, dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.	14,4	59,9	17,6	59,5	28,3	46,6
Wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber Migranten auftreten.	42,2	33,5	31,7	44,6	39,7	35,0
Wir sollten vor allem jüngere Migranten häufiger in ihre Schranken weisen.	46,3	26,1	33,8	41,0	36,1	37,8
Wir sollten stärker darauf achten, nicht von den Migranten überrannt zu werden.	50,1	28,0	42,8	41,6	43,5	38,8
Gesamtskala	31,4	37,5	26,2	45,5	34,0	40,1
Gesamtskala \bar{x}	3,12		3,31		3,07	

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten, Befragte, die sich auf der Mittelkategorie verorteten, sind nicht abgebildet.

Die Fallzahlen für die Erhebungen in 2014 und 2016 reduzieren sich aufgrund der Verwendung eines Fragebogensplits. 2014 beantworteten 807 Personen ohne Migrationsbiografie die Fragen zur Rückeroberung. In 2016 liegt die Fallzahl bei insgesamt 647 Personen.

→ **Der Rückbezug auf eine „deutsche Identität“ verliert an Bedeutung. Der Zuspruch für eine Rückeroberung des öffentlichen Raums reduziert sich nur leicht.**

In den Jahren 2014 und 2016 zeigte sich in den *ZuGleich*-Studien, dass die Befürwortung der Wiederbelebung einer deutschen Identität und deutscher Traditionen auf nahezu identischem Zustimmungsniveau blieb (rund 60 Prozent). Eine Zurückdrängung von Migrant_innen aus dem öffentlichen Raum wurde noch stärker gefordert. Jede der entsprechenden Aussagen fand in 2016 mindestens zehn Prozentpunkte mehr Zuspruch. In 2018 reduziert sich die Aufforderung zur Rückeroberung des Wertgefüges und öffentlichen Raums hingegen verschieden stark. Deutlich weniger Personen sprechen sich für eine Wiederbelebung deutscher Traditionen aus (50,3 Prozent) oder fordern eine Rückbesinnung ein (46,6 Prozent). Die Zustimmung zur Rückeroberung des Raums ist dagegen weniger deutlich: Immer noch rund 38 Prozent fordern jeweils verstärkte Restriktionen und mehr Achtsamkeit ein, was die generelle Zahl von Migrant_innen in Deutschland betrifft; in 2016 stimmten noch etwa 41 Prozent dafür. Ein „neues“ deutsches Selbstbewusstsein gegenüber Migrant_innen in der Öffentlichkeit findet bei etwas mehr als einem Drittel der Befragten Zuspruch (35,0 Prozent) und liegt damit fast wieder auf dem Niveau von 2014, als 33,5 Prozent dieser Meinung waren.

Ältere Menschen (ab 61 Jahren) fordern durchgängig und signifikant häufiger als jüngere die Rückeroberung des öffentlichen Raums und eine Wiederbelebung deutscher Werte. Zwischen der jüngsten und mittleren Altersklasse liegen für die Jahre 2014 und 2016 hingegen keine signifikanten Unterschiede vor. Auch der Bildungseffekt gewinnt wieder an Erklärungskraft: Befragte mit niedrigem und mittlerem Bildungsabschluss unterschieden sich in ihrer Zustimmung zur Rückeroberung in 2014 und 2016 nicht, Personen mit hohem Bildungsgrad sprachen sich signifikant seltener für die Zurückdrängung von Migrant_innen aus. In 2018 liegen zwischen allen drei Bildungsgruppen signifikante Unterschiede vor; je höher der Bildungsgrad, desto niedriger fällt die Zustimmung zum Rückeroberungsappell aus. Die Einkommenshöhe der Befragten spielt nur in 2016 eine relevante Rolle, indem einkommensstarke Personen signifikant seltener eine Rückeroberung fordern als die einkommensbezogene Mittelschicht. Ein Einfluss des Geschlechts zeigt sich ausschließlich für 2014, hier appellierten Frauen häufiger als Männer an eine Rückeroberung, die Religionszugehörigkeit hat hingegen zu keinem Zeitpunkt einen Effekt.

Soziodemografische Unterschiede bei der Zustimmung zur Rückeroberung

ORIENTIERUNG ZUR INTEGRATION: KONTAKTE UND RAUM FÜR VIELFALT

4

4 ORIENTIERUNG ZUR INTEGRATION: KONTAKTE UND RAUM FÜR VIELFALT

Menschen bilden mehr oder minder klare Konzepte darüber aus, wie sie sich selbst oder andere in die Gesellschaft und die sich verändernde Umwelt eingliedern möchten oder sollen. Solche Akkulturationsorientierungen geben Auskunft darüber, wie Teilhabemöglichkeiten ausgehandelt und ob unterschiedliche Identitäten mindestens gewährt werden oder gar erwünscht sind. Das ist wichtig, um Integrationsabsichten und eventuell manifeste Integrationshandlungen zu entwickeln.

In 2014 wie 2016 sind wir der Unterscheidung von vier klassischen Akkulturationsorientierungen gefolgt, die vor allem durch den Migrationsforscher John W. Berry geprägt und in zahlreichen Studien nachgewiesen wurde: Integration, Assimilation, Separation und Marginalisation. Wir haben festgestellt, dass die klare Wertschätzung von Teilhabe einerseits und die Anerkennung differenter kultureller Identitäten andererseits an Zuspruch verloren haben. Auch das Integrationskonzept selbst, das eine positive Haltung zu beiden Themen kombiniert, fand in 2016 deutlich weniger Zustimmung als noch in 2014, während gleichzeitig die Forderungen nach einer einseitigen Anpassung von Migrant_innen lauter wurden.

In der aktuellen Umfrage 2018 konzentrieren wir uns stattdessen auf zwei entscheidende Bereiche von Akkulturation: Kontakt/Freundschaft und Repräsentation beziehungsweise Sichtbarkeit von Vielfalt im öffentlichen Raum. Für den letztgenannten Bereich ist durchaus eine politische Steuerbarkeit festzustellen. Sie entspricht einer Anerkennung von Vielfalt und Diversität durch politische Institutionalisierung und die Förderung multikultureller Räume. Ein politischer Eingriff in den Bereich von Kontakt und Freundschaft ist dagegen kaum möglich. Zwar ließen sich durch beispielsweise Begegnungsorte mehr Kontaktmöglichkeiten schaffen, eine politische Verpflichtung zum bewussten und gewünschten Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund geht damit allerdings nicht einher. Die soziale Nähe und Distanz werden durch die Gesellschaftsmitglieder hergestellt. Zur Erfassung des Wunsches nach sozialer Nähe beziehungsweise sozialer Distanz wurde den Befragten eine Reihe von Aussagen vorgelegt. Diese und ihre jeweilige Zustimmung sind in Tabelle 6 abgebildet. Die ersten beiden Fragen zur klaren Ablehnung homogener Kontaktstrukturen wurden von allen Befragten bewertet, die verbleibenden Aussagen wurden mit jeweils gesetzter Bezugsgruppe getrennt abgefragt. Tabelle 7 gibt die Bewertungen der Befragten zur Frage der Sichtbarkeit von Vielfalt im öffentlichen Raum wieder.

TABELLE 6: Meinungen zu sozialer Separierung (Angaben in Prozent)

Indikatoren	ohne MH		mit MH	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
Es stört mich, wenn Deutsche nur untereinander befreundet sind.	49,0	29,7	52,1	27,6
Es stört mich, wenn Migranten nur untereinander befreundet sind.	44,3	33,2	47,1	31,8
Ich möchte nur mit Deutschen/Migranten zusammen sein.	81,7	7,4	88,6	1,5
Migranten/Deutsche sollten unter sich bleiben.	83,4	5,5	86,0	3,2
Wir Deutschen/Migranten sollten unter uns bleiben.	83,6	4,8	84,5	5,2

→ Die Mehrheit findet homogene Gruppen von Migrant_innen störender als homogene Gruppen von Deutschen. Die Separation beider Gruppen wird allerdings stark abgelehnt.

Befragte mit und ohne Migrationshintergrund stört es zu größeren Teilen nicht, wenn Deutsche oder Migrant_innen nur untereinander befreundet sind. Zwar lehnen 29,7 Prozent der Befragten ohne MH eine ausschließliche Freundschaft unter Deutschen ab, doch für fast jede_n Zweiten (49,0 Prozent) ist dies kein Problem. Homogene Freundeskreise unter Migrant_innen werden hingegen etwas stärker zurückgewiesen: Ein Drittel der Personen ohne Migrationshintergrund (MH) empfindet dies als störend. Eine ähnliche Antwortverteilung weisen auch die Befragten mit MH auf. Sie stört es ebenfalls stärker, wenn Migrant_innen nur untereinander befreundet sind (31,8 Prozent) als wenn dies Deutsche tun (27,6 Prozent). Beide Gruppen unterscheiden sich in ihrer Bewertung solcher homogenen Beziehungsstrukturen nicht signifikant voneinander.

Werden die Fragen nach der Zustimmung beziehungsweise Ablehnung homogener Kontakte umgedreht, zeigt sich ein anderes Bild: Mindestens acht von zehn Befragten mit und ohne MH lehnen diese ab. Nur 7,4 Prozent der Personen ohne MH sagen aus, sie würden ausschließlich mit Deutschen befreundet sein wollen, unter den Personen mit MH sind es gerade einmal 1,5 Prozent, welche einen homogenen Freundeskreis von Migrant_innen bevorzugen. In der distanzierteren Perspektive auf das allgemeine Kontaktverhältnis von Deutschen und Migrant_innen sprechen sich 5,5 Prozent der Befragten ohne MH dafür aus, dass Deutsche eher unter sich bleiben sollten; 83,4 Prozent lehnen dies klar ab. Unter den Befragten mit MH vertreten 3,2 Prozent eine solche Meinung mit Blick auf Migrant_innen, während 86 Prozent die Separierung ablehnen. Nur 4,8 Prozent der Befragten ohne MH befürworten es, unter sich zu bleiben, 83,6 Prozent stimmen dem nicht zu. Unter Menschen mit Migrationshintergrund wollen nur 5,2 Prozent unter ihresgleichen bleiben.

**→ Die Menschen befürworten die sichtbare Vielfalt im öffentlichen Raum.
Befragte ohne Migrationshintergrund fordern noch mehr öffentliche
Präsenz.**

Migration verändert den öffentlichen Raum, in ihm wird Migration durch kulturelle Symbole und Zeichen oft erst sichtbar. Die Straßen und Plätze in Deutschland werden bunter und verändern sich. Die Akzeptanz sichtbarer kultureller Identitäten ist ein wichtiger Aspekt eines Integrationskonzeptes.

Zu Gleich 2018 hat Fragen nach der Sichtbarkeit von Vielfalt gestellt (Tabelle 7). Die Ergebnisse sind eindeutig: Eine vielfältige und von Migration geprägte Gesellschaft im öffentlichen Raum findet in 2018 einen starken Zuspruch. Jeweils mehr als die Hälfte der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund sprechen sich dafür aus, dass der öffentliche Raum, aber auch öffentliche Institutionen Diversität aufnehmen und sie repräsentieren. Eine solche Forderung wird von Befragten ohne MH signifikant stärker gestellt als von jenen mit MH. So sind unter anderem 54,9 Prozent der Befragten ohne MH der Meinung, dass sich die Vielfalt der Sprachen auch räumlich niederschlagen sollte, und 61,5 Prozent halten es für selbstverständlich, dass öffentliche Institutionen die Sprachvielfalt berücksichtigen sollten. Weniger als ein Fünftel lehnt dies hingegen jeweils ab. Umgekehrt zeigt sich, dass 56,1 Prozent es nicht gutheißen, wenn öffentliche Räume nur von deutscher Schrift- und Zeichensprache geprägt sind, während rund ein Viertel der Befragten ohne MH (26,9 Prozent) einer solchen Raumordnung zustimmt. Mit 70,5 Prozent lehnen deutlich mehr Personen darüber hinaus die Forderung ab, es sollte in der Öffentlichkeit ausschließlich deutsch gesprochen werden, immer noch 14,6 Prozent befürworten dies.

Interessant ist, dass Befragte mit MH zwar ähnliche Antwortverhältnisse aufweisen, im Vergleich jedoch deutlich strikter die Meinung vertreten, öffentliche Räume sollten nur begrenzt auf die Sprachvielfalt reagieren und stattdessen durch die deutsche Sprache dominiert werden. Rund 40 Prozent teilen die Ansicht, es sollte nur die deutsche Schrift- und Zeichensprache in der Öffentlichkeit vertreten sein und mehr als jede_r fünfte Befragte mit MH fordert, es sollte nur deutsch gesprochen werden (22,5 Prozent). Dies ist insofern überraschend, als dass sich gleichzeitig mehr als die Hälfte dafür ausspricht, die Vielfalt der Sprachen müsse im öffentlichen Raum durchaus berücksichtigt werden (53,9 Prozent). Eine ähnlich hohe Zahl wie unter den Befragten ohne MH ist weiterhin davon überzeugt, dass öffentliche Institutionen ihr Angebot an die Sprachvielfalt angleichen sollten (59,4 Prozent).

TABELLE 7: Vielfalt im Raum (Angaben in Prozent)

Indikatoren	ohne MH		mit MH	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
In einer vielfältigen Gesellschaft sollte auch der öffentliche Raum die Vielfalt der Sprachen berücksichtigen.	19,4	54,9	21,0	53,9
Es sollte selbstverständlich sein, dass öffentliche Institutionen ihre Angebote in verschiedenen Sprachen anbieten.	18,0	61,5	19,3	59,4
Im öffentlichen Raum sollten nur deutsche Schriftzeichen und Schilder erlaubt sein.	56,1	26,9	45,2	39,9
In Deutschland sollte auf öffentlichen Plätzen nur deutsch gesprochen werden.	70,5	14,6	60,6	22,5
Gesamtskala	15,1	57,2	23,0	48,6
Gesamtskala \bar{x}	3,74		3,51	

Mit Blick auf den Wunsch nach sozialer Separierung unter den Befragten mit und ohne MH zeigen sich relevante Unterschiede in den soziodemografischen Einflüssen: Ein Geschlechtereffekt liegt nur für jene Personen ohne MH vor, indem Männer signifikant stärker homogene Kontaktstrukturen bevorzugen als Frauen. Weiterhin unterscheiden sich die jüngste und mittlere signifikant zur ältesten Altersgruppe, die häufiger eine soziale Separierung wünschen. Für die Befragten mit MH liegen hingegen weder ein Einfluss des Geschlechts noch des Alters vor. Der Bildungsgrad zeigt sich hingegen für beide Befragtengruppen entscheidend: Mit zunehmendem Bildungsgrad nimmt der Wunsch nach sozialer Abschottung von Deutschen und Migrant_innen ab. Weiterhin liegt ein Einfluss der Einkommenshöhe vor, indem einkommensschwache Personen signifikant häufiger für homogene Kontaktstrukturen plädieren als einkommensstarke. Die Religionszugehörigkeit spielt hingegen keine Rolle für den Wunsch nach sozialer Separierung.

Mit Blick auf die Sichtbarkeit und Berücksichtigung von Vielfalt im öffentlichen Raum nehmen weder die Einkommenshöhe noch die Religionszugehörigkeit einen Einfluss. Der Alterseffekt stellt sich hingegen deutlich zwischen der jüngsten und ältesten Altersgruppe ein, indem Erstere signifikant häufiger für mehr Vielfalt in öffentlichen Räumen plädiert. Auch das Geschlecht und der Bildungsgrad zeigen sich entscheidend: Frauen und Personen mit hohem Bildungsgrad sprechen sich signifikant häufiger dafür aus, Räume und Institutionen an die Sprachvielfalt anzupassen als Männer und Personen mit niedrigem oder mittlerem Bildungsgrad.

Soziodemografische Unterschiede im Umgang mit den Akkulturationsbereichen

Ein Fazit zur Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit

In die deutsche Gesellschaft ist in den vorangegangenen Jahren viel Bewegung gekommen. Die tiefe Zäsur in der bisherigen Migrationspolitik durch die starken Fluchtbewegungen und die hohe Zahl aufgenommener Asylsuchender und anerkannter Geflüchteter lässt sich rückwirkend nicht nur an den kontroversen Debatten erkennen, sondern auch in den ermittelten Haltungen und Einstellungen der Befragten zum Zusammenleben in Deutschland. Die Befunde von *ZuGleich* lassen eine gewisse Entkrampfung annehmen. Von der überreizten und scharfen Stimmung in 2016 ist in 2018 weniger übrig, von Entspannung sollte indessen nicht die Rede sein.

Die entscheidende Frage ist heute weniger, wer was schafft, sondern vielmehr: Ist Deutschland auf dem Weg vom Einwanderungsland zur Integrationsgesellschaft? Wer auf die Frage zustimmend antwortet, wird nach politischen Anstrengungen und einem Integrationsgesetz fragen, das sowohl institutionelle als auch diskursive Weichen für das *Ankommen* und nicht nur *Hinzukommen* errichtet. Es werden Verständnis wie Klarheit dafür einzufordern sein, dass es keine Mindeststandards für ein „Deutschsein“ geben kann, um Mitglied dieser Gesellschaft zu sein. Dazu braucht es mehr als vorschnelle Heimatkonzepte, die danach trachten, die Alteingesessenen nicht zu vergessen. Die meisten sogenannten Alteingesessenen haben selbst eine Migrations- und Integrationsgeschichte, die seltener wahrgenommen oder gar gehört wird. Es braucht ein Konzept von Zugehörigkeiten, die inklusiv statt exklusiv ausgestaltet sind, der Realität von Migration begegnen statt sie zu verleugnen und fernab kulturalisierender, ethnisierender oder religionspezifischer Direktive ermöglichen, anerkannter Teil der deutschen Gesellschaft zu sein.

Für ein solches Verständnis lässt sich im Jahr 2018 ein positiver Trend festhalten. Die gesellschaftliche Willkommenskultur, welche sich maßgeblich an einem offenen Heimatkonzept und der Wertschätzung von Vielfalt messen lassen muss, gewinnt unter den Befragten ohne Migrationshintergrund in 2018 wieder an leichtem Zuspruch. Deutlich mehr als ein Drittel stehen einem solchen Konzept von Willkommenskultur positiv gegenüber. An dieses Niveau schließen sich nun auch Befragte mit Migrationshintergrund an, indem diese ihren starken Zuspruch von 2016 reduzieren und sich nicht mehr signifikant unterscheiden. Im gleichen Zuge zeigt sich, dass das Konzept der Zugehörigkeit zur (deutschen) Gesellschaft in 2018 deutlich offener und inklusiver ausfällt, als dies noch in den vier Jahren zuvor der Fall war. Insbesondere kategorial-exklusive Kriterien verlieren nochmals an Relevanz, wohingegen die deutsche Sprache oder Achtung politischer Institutionen als graduelle Kriterien von einer großen Mehrheit für wichtig erachtet werden.

Das Recht darauf, „hier“ zu sein, und die politisch-rechtliche Anerkennung von Zugehörigkeit versprechen allerdings nicht notwendigerweise das Recht auf Partizipation, Repräsentation und Sichtbarkeit. Die Realisierung gleicher Rechte und von Gleichwertigkeit folgt keinem Automatismus, erst recht nicht die Anerkennung von Differenz. Die Daten zeigen, dass Assimilationsvorstellungen und hierarchische Ord-

nungen, die der sogenannten Aufnahmebevölkerung Vorrangstellung und Definitionsmacht versprechen, auch in 2018 Zustimmung erfahren, im Vergleich zu 2016 allerdings weniger Rückhalt finden.

So verliert beispielsweise die Einforderung von Etabliertenvorrechten leicht an Zuspruch, bleibt aber deutlich über dem Niveau von 2014. Auch der Appell zur Rückeroberung wird unter den Befragten nach 2016 wieder etwas leiser und die durchschnittliche Zustimmung fällt sogar unter das Niveau von 2014. Rund 40 Prozent sprechen sich in 2018 dafür aus, deutsche Werte wie Traditionen zu stärken und „deutsche“ Konventionen im öffentlichen Raum wieder stärker durchzusetzen. Dass die Befragten dabei klar zwischen personaler und symbolischer Repräsentation von Migration unterscheiden, legen die Bewertungen zur allgemeinen Abbildung von Vielfalt im Raum offen: Über die Hälfte der Personen ohne Migrationshintergrund sind der Meinung, dass die sprachliche Diversität auch im öffentlichen Raum und Institutionen berücksichtigt werden sollte. Die Zustimmung der Befragten mit Migrationshintergrund fällt im Vergleich zurückhaltender aus. Die Ablehnung sozialer Separierung ist hingegen eindeutig: Jeweils über 80 Prozent der Befragten können der Abschottung voneinander nichts abgewinnen.

Die Studienreihe *ZuGleich* ist ein Barometer der Wahrnehmungen und Meinungen der deutschen Bevölkerung zur Frage, ob Menschen mit Migrationsbiografien in der Gesellschaft willkommen und anerkannt sind, ihnen ein Platz eingeräumt und ein endliches Ankommen ermöglicht wird, das über die Teilhabechancen hinaus auch kulturelle Unterschiede und Eigenständigkeiten achtet. Mit Blick auf die Unterschiede zu den Vorjahren zeigt das Barometer ein gutes Klima. Das sollte dazu ermuntern, die nächsten Schritte zu gehen.

Mehr Integration wagen!

Die Studienreihe vertritt die These, dass es für eine konstruktive Entwicklung der Gesellschaft nicht genügt, Deutschland nur oder wenigstens zum Einwanderungsland zu erklären. Migrationsgesellschaften müssen sich an ihrer Integrationsqualität messen lassen und das setzt voraus, Migration als Normalfall und Integration als gesellschaftliche Kernkompetenz zu verstehen. Dazu sollte das Konzept von Integration klar bestimmt und von anderen Konzepten abgegrenzt werden.

Die *ZuGleich*-Studie 2018 zeigt, dass Politik in der Absicht, einen Migrationsplan zu erstellen, auf eine Mehrheit vertrauen kann, die Migration und Vielfalt als Bereicherung betrachtet und akzeptiert. Sie muss zwar auch die Widerstände derjenigen aushalten, die Vorbehalte teilen, und sich mit diesen auseinandersetzen, sollte sich aber nicht an diesen orientieren. Zweitens können politische Akteur_innen und Entscheidungsträger_innen darauf vertrauen, dass nach allen Konfrontationen und teilweise gewalttätigen Angriffen auf scheinbar „Fremde“ und/oder jene, die eine offene Gesellschaft befürworten, die Integration ein Leitbild der Mehrheit ist. Sie befürwortet,

allen Belastungen und Konflikten zum Trotz, Integration. Sie spricht sich stärker als noch vor zwei Jahren für Teilhabe und Akzeptanz von kulturellen Identitäten aus. Das ergänzt die Befunde des letzten Integrationsbarometers des Sachverständigenrates (SVR)². Nach *ZuGleich* ist die Akzeptanz der Integration als Konzept der Teilhabe und Achtung kultureller Identitäten stärker als Konzepte der Assimilation oder der Ab- und Ausgrenzung von Migrant_innen. Dies hat sich auch deshalb so entwickelt, weil die Vielfalt im öffentlichen Raum, im Alltag, in den Lebensbereichen der Befragten längst zur Normalität geworden ist und Homogenität abgelehnt wird.

Die gegenwärtige Diskussion um das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in Politik könnte angesichts der Ergebnisse von *ZuGleich* auch einmal mehr umgedreht werden: Migrationspolitik kann mehr Vertrauen in die Bevölkerung investieren und mehr Integration wagen! Die Studie *ZuGleich* 2018 zeigt: Die Mehrheit der Bürger_innen lebt längst in einer multikulturellen Alltagswelt und sie bemessen die Zugehörigkeit zur Gesellschaft an Kriterien, die politisch wie sozial gefördert werden können. Für die Integration ist ihnen vor allem die Beherrschung der deutschen Sprache wichtig, aber auch die Beachtung, dass Menschen mit Migrationsbiografien sich hier zu Hause fühlen können, die Achtung von Institutionen, Arbeit, die Anerkennung – nicht Vorherrschaft – von Traditionen, ein Engagement für die Gesellschaft. Das alles kann gefördert, gestaltet und dort gestärkt werden, wo es schon entscheidende Weichenstellungen gibt.

Auf der Grundlage der seit 2014 beobachteten Stimmungen, Wahrnehmungen und Einschätzungen wagen wir konkretere Empfehlungen:

- Die Zugehörigkeit (zu Deutschland) bemisst sich nach Meinung der Mehrheit an erwerbzbaren, individualen Kriterien der Teilhabe an Sprache, Arbeit und Institutionen des Gemeinwohls. Eine Investition in diese zentralen Integrationsbereiche ist unabdingbar, um Zugehörigkeit zu ermöglichen. Die immerwährende Forderung nach Sprachkursen und Maßnahmen der Ausbildung sowie Aufnahme in den Arbeitsmarkt deckt sich mit den Meinungen der Bevölkerung.
- Zugehörigkeit bemisst sich auch an sozialen Kriterien: So wie Migrant_innen eine Achtung der mitgebrachten Traditionen, Normen und Werte wünschen, fordert eine große Zahl aller Befragten, dass es möglich werden muss, sich auch als Gesellschaftsmitglied mit Migrationsbiografie ausnahmslos heimisch fühlen zu können. Es braucht Heimatkonzepte und -angebote, die dies gezielt voranbringen.
- Integration ist für viele Befragte ein Thema, das für ihren sozialen Raum, in dem sie leben, bedeutsam ist. Der soziale Raum und der darin stattfindende Alltag spiegeln die Einwanderungsgesellschaft besser wider als manche wohlmeinende Rede über Vielfalt. Dass Deutschland sichtbar vielfältiger wird, ist keine Bedrohung, sondern den Befragten lieber als das Gegenteil. Kommunale Programme zur Repräsentation der kulturellen Vielfalt helfen der Integration. Ändert sich der Kontext, in dem Menschen mit Ressentiments leben, können sich auch Ein-

² <https://www.svr-migration.de/barometer/>

stellungen ändern. Das gilt weniger für jene 20 Prozent der befragten Personen in *ZuGleich* 2018, die über klare und feste Ressentiments gegen die Zuwanderung verfügen. Doch auch hier können mehr Möglichkeiten des Erlebens und des Kontakts mit Vielfalt Potenziale der Veränderung freisetzen. Integration und Zugehörigkeit werden trotz aller Konflikte und Auseinandersetzungen weniger dort zurückgewiesen, wo Kommunen Bevölkerungsgruppen Räume ihrer Akzeptanz geben. Das heißt, Räume, in denen verschiedene Gruppen in Anerkennung ihrer Unterschiede Gemeinsamkeiten gestalten können.

- Menschen, die selbst eine Migrationsgeschichte aufweisen, zeigen sich in 2018 reservierter gegenüber einer Willkommenskultur für neue Migrant_innen. Die Vorbehalte und negativen Erfahrungen der ersten, zweiten und dritten Einwanderungsgeneration müssen angehört werden. Warum sind sie skeptischer, dass Integration gelingen kann? Welche Hürden und Konflikte sehen sie? Jede Migrationsgeneration ist in ihren Erfahrungen ernst zu nehmen und anzuhören. Erlebnisse von Nichtzugehörigkeit und Ungleichwertigkeit werden zwischen den Generationen vermittelt.
- Integration ist nicht nur Alltag oder eine dokumentierte Teilhabe an Arbeit, Sprache, Kultur, sondern auch die Vorstellung darüber, wie sich Migration ausgestaltet. Integration ist die Überzeugung, dass Migration erfolgreich verläuft, wenn andere teilhaben können, sich interkulturelle Kontakte und Beziehungen ergeben und kulturelle Unterschiede anerkannt werden. Integration bedeutet eben nicht Assimilation, Separation oder die Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen. Ein Integrationskonzept kann vermittelt und gelernt werden. Unseres Erachtens gehören die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Konzepten der Migration und die Vermittlung von Integrationswissen zum Kernbestand der Bildung in einer Integrationsgesellschaft. Dies lässt sich allerdings nicht einfach unter einer politischen Bildung subsumieren. Schulen, Universitäten sowie die betriebliche, außerschulische und weiterführende Bildung müssen eine Migrations- und Integrationsbildung anbieten. Es geht dabei nicht um die Frage des Für und Wider von Integration, sondern darum, wie Migrationsprozesse verlaufen, wann Menschen wandern, wer wandert, welche Begleitprozesse vorliegen und wie Integration gelingen kann. Letztendlich geht es in einer Einwanderungsgesellschaft um die Frage, wer in ihr lebt und wie Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit immer wieder ausgehandelt und erreicht werden können. Die Befragten in *ZuGleich* haben dazu eine Meinung geäußert.

Stiftung Mercator GmbH

Huyssenallee 40
45128 Essen
Tel. +49 201 24522-0
Fax +49 201 24522-44
info@stiftung-mercator.de
www.stiftung-mercator.de

 facebook.com/StiftungMercator
 twitter.com/MercatorDE
 youtube.com/StiftungMercator
 flickr.com/stiftung_mercator

Prof. Dr. Andreas Zick & Madlen Preuß, MA

Universität Bielefeld
IKG – Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung
Universitätsstraße 25
33615 Bielefeld
Tel. +49 521 106 3124
zick@uni-bielefeld.de
madlen.preuss@uni-bielefeld.de

Anna Dieterle

Projektmanagerin Bereich Integration
Tel. +49 201 24522-815
anna.dieterle@stiftung-mercator.de